

Podiumsdiskussion:

Gesellschaft im Umbruch – Die Türkei in der Zeitenwende?

- Die Türkei ist ein Land der Ungleichzeitigkeiten

Sinn dieser Veranstaltung, so der Moderator Dr. Hans-Georg Fleck sei kein Verurteilen, sondern ein Erklären und Annähern an das Thema.

Es wurden Tabus gebrochen

Nach Einschätzung der Ereignisse des Gezi-Park durch Frau Topcu habe die Jugend gezeigt, dass sie, entgegen den Regierungsvorwürfen, sehr wohl ein großes Interesse am politischen Geschehen. Sie schilderte lebhaft, wie sie selbst den 28. Mai 2013 erlebt habe. Es sei ein beklemmendes Gefühl zu wissen, dass etwas Elementares auf dem Taksim-Platz vor sich gehe, zu dem offensichtlich aber die Medien lautstark schweigen. Ihrer Meinung nach hätten dass die Menschen durch die Gezi-Bewegung ihre Angst vor dem großen Staat überwunden. Ihre Protestwelle habe ihnen transparent gemacht, wie viel Macht die Zivilgesellschaft doch besitze: „In der Türkei wurden Tabus gebrochen, ethnische und soziale Tabus aufgehoben.“ Unabhängig von ethnischer Herkunft, sozialer Schicht oder sogar sexueller Präferenz demonstrierten die jungen Leute Seite an Seite gegen die Regierung.

Ein relativ demokratisches Jahrzehnt

Der Sozialwissenschaftler Dr. Aydin, dessen Schwerpunkte neben der Migrationsforschung auch ethnische Konflikte umfassen auf die Frage zum Umgang mit Minderheiten, ob sich bei der Mehrheitsgesellschaft etwas geändert habe: „Es gibt durchaus Veränderungen. Die Gesellschaft hat sich in den letzten zehn Jahren pluralisiert.“ Die Pluralisierung beschränke sich dabei nicht nur auf die Anerkennung kultureller/ethnischer Minderheiten, sondern umfasse auch eine Pluralisierung durch Migration. „Die Türkei hat sich zu einem Zuwanderungsland entwickelt, die türkische Gesellschaft habe sich internationalisiert und zugleich transnationalisiert. Auch die Mobilität habe zugenommen. Es gäbe mehr Menschen, die sich eine Auslandsreise oder ein Auslandsstudium leisten können. Dennoch, das türkische Volk sehe sich, vor allem wegen des Rücktritts der Armeeführung 2011 gezwungen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, die Hoffnung auf eine Militär-Intervention sei dahin. Bei aller Kritik sieht Dr. Aydin auch den Fortschritt: die Tageszeitungen wie die „Taraf“ oder „Radikal“ würden inzwischen auch über sensible Themen berichten. Es gäbe mittlerweile immerhin einen kurdischen Fernsehsender, ergo habe sich auch die Medienlandschaft pluralisiert. Seine Bilanz: „ Wir hatten ein relativ demokratisches Jahrzehnt.“

„Gezi“ hat nicht alle erreicht

Von Frank Nordhausen, dem Türkei-Korrespondenten der Berliner Zeitung will der Moderator einen Blick in die Zukunft erhalten: „Die nächsten zwanzig Monate werden sehr

spannend für die Türkei, denn sie bringen drei wichtige Wahlen: Die Kommunalwahl, die Präsidentschaftswahl und die Parlamentswahl. Wie sieht die politische Landschaft aus, gibt es Veränderungen? Wird es endlich eine neue, demokratische Verfassung geben?“ Dazu Nordhausen, der seit 2011 in Istanbul tätig ist und die Gezi-Bewegung von Anfang bis Ende miterlebte: „Die Zeit in der Türkei wird in vor und nach Gezi eingeteilt. Die politische Landschaft ist sehr gespalten.“ Nordhausen verweist darauf, dass die AKP die letzten Wahlen von 2011 mit nahezu 50% gewonnen habe und die Opposition daneben doch sehr schwach sei: Die CHP hatte 26%, die nationalistischen Grauen Wölfe 12-13%. Und die kurdische Partei BDP habe die 10% - Hürde nicht überwunden, allerdings seien sie durch Direktkandidaten ins Parlament eingezogen. Außerdem gebe es in der Türkei seit 2008 auch eine grüne Partei, von der allerdings leider nichts bekannt sei. Nordhausen bemängelt, dass der Revolutionsgedanke der Gezi-Park-Bewegung verloren gegangen ist, da ihn keine der Parteien aufgegriffen habe und nicht in der Lage sei, diesen in ihre Politik zu implementieren. Er korrigiert auch den Eindruck, die gesamte Türkei befinde sich im Umbruch. Nach seiner Erfahrung gibt es ganze Stadtteile in Istanbul, die als konservativ gelten, die noch nicht einmal von Gezi-Park gehört hätten. Er konstatiert: „Dieser Impuls hat die liberalen, säkularen Schichten der Türkei erreicht, nicht alle.“

„Wir wollen immer noch eine Demokratie nach europäischem Stil“

Provozierend fragt der Moderator Dr. Murat Erdogan zum Thema Türkei und EU-Mitgliedschaft: „Will die Türkei überhaupt noch nach Europa? Ist es nicht so, dass die Türkei die EU doch mehr braucht als die EU die Türkei?“ Dr. Murat Erdogan, Hochschullehrer an der Fakultät für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Hacettepe-Universität: „Wir wissen, die Türkei ist nicht naturgegeben ein europäisches Land, aber wir geben uns Mühe.“ Die Gezi-Ereignisse seien eine Folge der Reformprozesse, besonders der letzten zehn Jahre. Das wichtigste Problem sei die schwache Opposition: „Die Sozial-Demokraten sind eher Kemalisten bzw. Etatisten“. Die Bewegungen seien zu gemischt, jeder wolle etwas anderes. Er merkt an, dass Erdogan ein erfolgreicher Politiker sei. Auch wenn es doch komisch sei, dass Erdogans Partei 12 Jahre alt ist und Erdogan selbst seit 11 Jahren in der Regierung ist. „Seit 2002 haben wir bessere, konstruktivere Beziehungen, eine bessere Demokratie. Das reicht aber noch nicht, wir wollen immer noch eine Demokratie nach europäischem Stil. Aber das paternalistische Verhalten der Regierung stört alle.“

Aus Zeitgründen ließ sich an dieser Stelle konkret zur EU-Frage keine Aussage von Dr. Murat Erdogan entnehmen, allerdings wurde diese Frage in der späteren Diskussion aufgegriffen.

Ein Leben nach Erdogan

Die anschließende Diskussion wurde mit dem Publikum geführt, das seine Fragen an die Podiumsgäste richten konnte. Zwei besonders auffällige Fragen waren die Frage nach der Unabhängigkeit der Justiz in der Türkei und ob es eine Aufspaltung oder sogar einen Zerfall der AKP gebe. Dazu Dr. Aydin: „Es gibt keinen Zerfall der AKP aber eine deutliche Zäsur.“ Er erwähnt, dass Abdullah Gül noch im Mai verschwunden war und mittlerweile wieder auf

dem Plan ist. Erdogan würde es nicht gelingen, das Präsidialsystem einzuführen und die Macht der AKP sei nicht unendlich: „Erdogan hat den Zenit seiner Macht überschritten. In der Türkei hat man angefangen, über ein Leben nach Erdogan nachzudenken, auch wenn Erdogan noch die Menschen hinter sich hat.“

Frau Topcu fügt hinzu, dass die AKP zwar seit 11 Jahren an der Macht ist, aber keine Umwelt- oder Kulturpolitik betreibe und auch keine homogene Partei sei, da es auch inner-parteiliche Uneinigkeiten und unterschiedliche Strukturen gebe, aufgrund der verschiedenen AKP-Vertreter aus unterschiedlichen Gebieten. Zur Unabhängigkeit der türkischen Justiz hat sie eine klare Meinung: Es gibt keine! Frau Topcu berichtet, dass es viele Entlassungen gab, vor allem in der Presse. „Mehr als 60 Journalisten wurden entlassen. Hunderte von Akademikern haben ihren Job verloren. Serien von Künstlern, die sich für Gezi eingesetzt haben, wurden abgesetzt, sie haben Werbeaufträge verloren. Was danach passiert ist? Nichts!“ Topcu merkt an, dass es ein paar Prozesse gegeben habe, aber die Justiz sei nicht unabhängig, da keiner zur Verantwortung gezogen wurde, auch aufgrund der schwierigen Beweislage.

„Im nächsten März haben wir Kommunalwahlen, da wird es interessant, wie die Ergebnisse in Istanbul ausfallen. 2009 hat die AKP es nur knapp geschafft, Istanbul zu erobern.“ merkt Herr Nordhausen an. Er bringt den Namen Mustafa Sarigül ins Spiel, der seiner Meinung nach ein wichtiger Gegenspieler von Erdogan werden wird. „Die AKP erscheint nach außen wie ein monolithischer Block. Man hat als Journalist kaum die Möglichkeit mit AKP-Menschen zu sprechen, zu Presseveranstaltungen zu kommen. Interviews mit wichtigen Menschen, Bürgermeister sind quasi unmöglich. Alle haben Angst vor der Parteispitze, vor Erdogan, davor, ein falsches Wort zu sagen und abgesägt zu werden.“ Dennoch meint Frank Nordhausen, die Antwort auf die Frage: „Warum wählst du die AKP?“ immer dieselbe ist: „Ich hatte vor 10 Jahren nichts. Jetzt habe ich eine Wohnung. Meine Tochter kann zur Uni.“ Diese Erhöhung des Lebensstandards sei ein wichtiger Faktor für den bisherigen Erfolg der AKP. Nordhausen schließt ab: „Die Türkei ist ein Land der Ungleichzeitigkeiten.“

Dr. Murat Erdogan nochmals zur EU-Frage und dem Thema Unabhängigkeit der Justiz: „Die EU ist für uns immer wichtig gewesen und wird auch immer wichtig sein. Für uns ist die EU Deutschland und die Hauptstadt der EU ist Berlin.“ Er bemerkt, das Problem der fehlenden Unabhängigkeit der türkischen Justiz sei nicht neu. „Natürlich gibt es diese Problematik auch jetzt unter der AKP, aber eine Unabhängigkeit der Justiz haben wir nie erlebt.“ Er spricht auch die fehlende Souveränität der Medien an: „Die staatliche Macht ist riesengroß.“

Hierzu Frau Topcu: die Medienunternehmen in der Türkei seien teilweise in Bau-Geschäften aktiv sind und hätten auch deshalb vor dem Staat eine riesengroße Angst, die Zensur sei weitgreifend.

„Die Türkei braucht einen Gesellschafts-Vertrag“

Fragen aus dem Publikum beziehen sich auf das PKK-Verbot „Ist es nicht an der Zeit, die PKK zuzulassen und sollte sich Deutschland in die Diskussion einschalten?“ und auf die Minderheiten-Frage „Es gibt mindestens 44 religiöse und ethnische Minderheiten in der

Türkei, und es hat sich im Umgang mit diesen nicht viel geändert. Ist dies eine spezifisch türkische Frage?“

Topcu: „Absolut. Es ist eine Frage des türkischen Staates, seit fast hundert Jahren. Eine Öffnung hat nicht stattgefunden. Aber wer spricht schon darüber? Es hat eine Diskussion über islamisierte Armenier stattgefunden. Aber auch heute, nach dem Demokratisierungs-Paket kam nichts dabei heraus.“

Nordhausen zur PKK-Frage: „Dass man mit dem PKK-Führer Öcalan verhandelt, ist schon sensationell, das sind unglaubliche Fortschritte, das muss man der AKP zu Gute halten. Es gibt einen Waffenstillstand. Das Demokratisierungs-Paket hat so viel nicht gebracht, es soll noch ein Aleviten-Paket kommen, aber die AKP will ihre Wahl-Chancen nicht gefährden und hält sich da bedeckt.“ Nordhausen berichtet von Spannungen innerhalb der Bevölkerung, die sich teilweise auf Baustellen entladen, wo es oft Schlägereien zwischen Kurden und Türken gebe. „Die Kurden in Syrien sind dabei, ihren eigene Autonomie zu gründen und die Türkei ist dabei wie gelähmt und kann keine konsistente, friedfertige politischen Leitlinien vorgeben, sondern unterstützt Al-Qaida-nahe Verbände, einfach weil diese gegen die Kurden sind! Das alles läuft ganz klar auf eine Spaltung in drei Teile hinaus.“

„Es hat Veränderungen gegeben“, meint Dr. Aydin. Ihm sei klar, dass die Türkei weit von einer friedlichen Lösung des Kurden-Problems entfernt sei: „Die Türkei braucht einen Gesellschafts-Vertrag.“ Aber immerhin würde verhandelt und er findet, dass man die Fortschritte dahingehend auch nicht leugnen dürfe, da es für Erdogan risikoreich sei, mit dem derzeit inhaftierten PKK-Führer Öcalan zu verhandeln. „Wir dürfen da nicht illusorisch rangehen. Das PKK-Verbot wurde nicht verhängt, um der Türkei einen Gefallen zu tun. Wir haben es bei der PKK mit einer militärischen, bewaffneten Organisation zu tun. Da kann man nicht einfach ein Verbot aufheben.“ Dr. Aydin gibt allerdings auch zu, dass er nicht weiß, was besser wäre. Ihm sei klar, dass dieser Komplex schwierig ist: „Wenn es eine Waffen-Niederlegung gibt, macht das Verbot keinen Sinn mehr. Davor sehe ich juristisch allerdings keine Möglichkeit das Verbot aufzuheben.“

Frau Topcu meint hingegen, es gebe vergleichbare Parteien, wie die marxistisch-leninistische Partei in Deutschland, die von ihrer Stellung vergleichbar seien mit der PKK, in Deutschland allerdings nicht verboten sind. „Bewaffnet?“ wirft Dr. Erdogan kritisch ein. Frau Topcu entgegnet: „Nein, nicht bewaffnet, aber vergleichbar mit ihrer Stellung hier in Deutschland.“

Leider musste die Diskussion an dieser Stelle aus Zeitgründen beendet werden, obwohl sich sicherlich noch einige interessante Gesichtspunkte aufgetan hätten. Dennoch war es eine höchst interessante Podiumsdiskussion mit vielen neuen Einsichten.